

**Stellenausstattung Direktorium;  
zusätzlicher Personalbedarf bei der Vergabestelle 1 in Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen**

**Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 05448**

**Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 09.03.2016 (VB)**  
Öffentliche Sitzung

**I. Vortrag des Referenten**

**A) Sachstand**

Im Direktorium HA II-Vergabestelle1 gibt es aufgrund von Aufgabenmehrungen in Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen Bedarf an der Einrichtung zusätzlicher Stellen. Der Bedarf wird wie folgt begründet:

Die Vergabestelle 1 ist von der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und Asylberechtigenden unmittelbar betroffen, da vor Inbetriebnahme der Unterkünfte diese mit z. B. Möbeln, Matratzen, Bettwäsche, Bettdecken und Kissen sowie Woldecken auszustatten sind. Daneben sind Bewachungs- und Gebäudereinigungsleistungen erforderlich.

Die Beschaffung dieser Gegenstände und Dienstleistungen ist nach Anlage 1 zum Aufgabengliederungsplan der Landeshauptstadt München der Vergabestelle 1 zugewiesen.

Folgende Artikel bzw. Dienstleistungen werden insbesondere in z. T. großen Mengen benötigt:

- Bettgestelle, Schränke und Kinderbetten
- Matratzen, Matratzenschutzhüllen
- Bettdecken und -kissen, Bettwäsche
- Woldecken, Handtücher, Isomatten
- Wäschereinigung
- Bewachungs- und Gebäudereinigungsleistungen
- Impfstoffe,
- medizinisches Screening
- Betriebsführung für Überbrückungsunterkünfte
- Kühlschränke, Trockner, Waschmaschinen
- Heizöl für Flüchtlingsunterkünfte
- Personenbeförderung Bus/Taxi

Die Notwendigkeit, o. g. Leistungen zu beschaffen, besteht verstärkt seit Mitte 2014. Bei jeder Neueröffnung einer Unterkunft werden o. g. Gegenstände bzw. Dienstleistungen benötigt.

Im August 2015 kam die Vergabe bzw. Ausschreibung der Betriebsführung für Überbrückungsunterkünfte hinzu.

Seit Oktober 2015 nimmt in größerem Ausmaß auch das Sozialreferat, Stadtjugendamt (S-II) den Service der Vergabestelle 1 in Anspruch und nicht nur wie bislang das Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration (S-III). Speziell für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge wurden seitdem einige separate neue Unterkünfte eröffnet (Bsp. Situlistraße, Institutstraße, Blumenstraße, Feldmochinger Straße), weitere Objekte sind in Planung. Seit November 2015 sind wiederum neue Waren/Dienstleistungen wie Kühlschränke, Trockner, Waschmaschinen, Heizöl und Personenbeförderungen hinzu gekommen.

Gerade bei Vergaben o. g. neuer Leistungen ist der Zeitaufwand ganz erheblich, da auf keine vorhandenen Leistungsbeschreibungen zurückgegriffen werden kann. Da vom Sozialreferat wegen der unübersichtlichen Lage keine belastbaren Zahlen für zukünftig benötigte Leistungen zur Verfügung gestellt werden können, existieren auch nur in wenigen Bereichen zeitsparende Rahmenverträge. Vielmehr erfolgen zeitintensive Einzelausschreibungen.

Die Vergabestelle versucht zwar, den Bedarf zukünftig mehr und mehr in Rahmenverträgen zu bündeln. Aufgrund der immer noch bestehenden Unsicherheiten bei den Flüchtlingszahlen und den neuen zu bewältigenden Situationen, wird man bei der hierfür erforderlichen Prognose des Bedarfs jedoch bis auf Weiteres an Grenzen stoßen.

Selbst wenn ab 2016 eine bessere Planbarkeit eintritt und vermehrt Prozesse etabliert und Rahmenverträge abgeschlossen werden können, wird durch die reine Erhöhung der Zahl der in München zu versorgenden Personen und zu betreibenden Objekte ein Mehraufwand an Ausschreibungen verbleiben.

Für die Beschaffung der Gegenstände bzw. Dienstleistungen stehen der Vergabestelle i. d. R. nur wenige Tage zur Verfügung. Da die gewünschten Leistungen knapp geworden sind und nicht jede Firma die Ware auf Lager hat und den Liefertermin einhalten kann, sind vor dem eigentlichen Beschaffungsvorgang zeitaufwendige Recherchen erforderlich, um lieferfähige Firmen zu finden.

Da aufgrund von Prognosen der Flüchtlingsstrom auch zukünftig anhalten wird, geht die Vergabestelle 1 zukünftig von der in der beiliegenden Tabelle dargestellten jährlichen Mehrbelastung aus:

Abteilung 1/3	1.200 h
Abteilung 2	1000 h
Abteilung 4	400 h
Abteilung 5	800 h
Summe	3.400 h

16.02.2016

Die Berechnung des Mehraufwandes erfolgte aufgrund der Anzahl der für die o. g. Leistungen durchgeführten Verfahren und aufgrund einer nach den derzeitigen Erkenntnismöglichkeiten aufgestellten Prognose.

Der Mehraufwand beinhaltet nicht nur die reinen Ausschreibungen, sondern auch Vor- und Abstimmungsgespräche mit dazugehörigem Schriftverkehr (mit einem Anteil von rund 200 Stunden) sowie Aufgaben der Teamassistenz und Vorgesetztenanteile.

Bisher konnten die Aufgaben nur durch Überstunden und Zurückstellung von Ausschreibungen für andere Bereiche bewältigt werden.

Begründung für die Unabweisbarkeit des Stellenbedarfs:

Wie aus dem Beschluss des Ausschusses für Standortangelegenheiten für Flüchtlinge vom 21.12.2015 zu ersehen ist, erhöhte sich die wöchentliche Zuweisung von Flüchtlingen, Asylbegehrenden und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen stufenweise ab November 2015 von zuletzt 352 auf 654 Personen, zurzeit liegt sie bei 340 Personen (8. KW 2016).

Voraussichtlich wird sich der Zuzug von Flüchtlingen auch 2016 fortsetzen. Der Beschaffungsbedarf zur Unterbringung und Versorgung wird sich im Vergleich zu 2015 noch erhöhen.

Die Schaffung von Stellen ist daher zwingend erforderlich, um die im Vortrag geschilderten zusätzlichen Leistungen beschaffen zu können. Aufgrund der bestehenden Gefährdungen für ein wichtiges Rechtsgut (Gesundheit der Flüchtlinge) dulden diese Aufträge keinen Aufschub und müssen zügig vergeben werden. Eine adäquate personelle Ausstattung ist daher dringend sicherzustellen. Es ist zu beachten, dass auch der Bewerbungs- und Einarbeitungsprozess bei neuen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern mehrere Monate in Anspruch nimmt.

Da die Aufgaben bereits seit geraumer Zeit zu erfüllen sind, bedarf es einer sofortigen Genehmigung und Einrichtung von 2 Stellen in der dritten Qualifikationsebene für drei Jahre.

## B) Kostenauswirkungen des Beschlusses

Soweit bezifferbar zeigt folgende Aufstellung die Kostenauswirkungen des Beschlusses. Die endgültige Einwertung erfolgt ggf. nach Vorlage von Arbeitsplatzbeschreibungen durch Bewertung durch das Personal- und Organisationsreferat.

	dauerhaft	einmalig	befristet
<b>Summe zahlungswirksame Kosten</b>	,-- ab 201X	,-- 4740.-€ in 2016	,-- 131660.-€ von 2016 bis 2019
davon:			
Personalauszahlungen (Zeile 9)* 2 VZÄ in E9/A10	,--	4.740,-- in 2016	130.060,-- von 2016 bis 2019
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)	,--	,-- in 201X	1600.- von 2016 bis 2019
Transferauszahlungen (Zeile 12)	,--	,-- in 201X	,-- von 2016 bis 2018
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13)	,--	,-- in 201X	,-- von 2016 bis 2018
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen (Zeile 14)	,--	,-- in 201X	,-- von 2016 bis 2018
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente			

\* Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerumlage, kalkulatorische Kosten ) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden. Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten/einer Beamtin entsteht im Ergebnishaushalt zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 40 Prozent des Jahresmittelbetrages.

\*\* ohne arbeitsplatzbezogene IT-Kosten

Ab 2015 gelten für die Verrechnung der Leistungen mit it@M die vom Direktorium und der Stadtkämmerei genehmigten Preise. Die zur Zahlung an it@M erforderlichen Mittel für die Services „Arbeitsplatzdienste“ und „Telekommunikation“ werden im Rahmen der Aufstellung des Haushalts- bzw. Nachtragshaushaltsplanes in die Budgets der Referate eingestellt. Eine gesonderte Beschlussfassung über die Mittelbereitstellung ist daher nicht mehr erforderlich.

## C) Finanzierung

Die Finanzierung kann weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen.

### **Finanzierungsbeschluss**

Über die Finanzierung muss sofort entschieden werden.

Auf die oben ausgeführte Begründung zur Unabweisbarkeit wird Bezug genommen.

### Überplanmäßige Mittelbereitstellung

Eine Bereitstellung der zusätzlich benötigten Auszahlungsmittel ist sofort erforderlich.

Die für das laufende Haushaltsjahr benötigten Auszahlungsmittel werden als überplanmäßige Mittelbereitstellung auf dem Büroweg durch die Stadtkämmerei bereitgestellt.

### **Anhörung des Bezirksausschusses**

In dieser Angelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Beschlussvorlage ist mit dem Personal- und Organisationsreferat und der Stadtkämmerei abgestimmt. Die Stellungnahmen liegen als Anlagen bei.

Dem Verwaltungsbeirat, Herrn Stadtrat Vorländer, ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

## **II. Antrag des Referenten**

1. Der Vortrag des Referenten wird zur Kenntnis genommen.
2. Den Ausführungen zur Unabweisbarkeit im Vortrag wird zugestimmt. Das Direktorium wird daher beauftragt, die für das laufende Haushaltsjahr benötigten Auszahlungsmittel als überplanmäßige Mittelbereitstellung auf dem Büroweg durch die Stadtkämmerei bereitstellen zu lassen.  
Das Direktorium wird beauftragt, die Einrichtung von 2 Stellen (befristet für drei Jahre) sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 37.968,- € (40% des JMB).

Das Produktkostenbudget erhöht sich um 174.368,- €, davon sind 136.400,- € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).

3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

**III. Beschluss**  
nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Bürgermeister/-in  
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dieter Reiter  
Oberbürgermeister

**IV. Abdruck von I. mit III.**  
über den Stenografischen Sitzungsdienst

**an das Direktorium - Dokumentationsstelle**  
**an die Stadtkämmerei**  
**an das Revisionsamt**

z. K.

**V. Wv. -Direktorium D-II-VGSt1**

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. **An das Personal- und Organisationsreferat POR - P 3.21**  
**An das Direktorium GL**  
**An das Direktorium HA II**

z. K.

Am